



Kostenlos Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 235

Wilhelmshaven

April/Mai 2008

Das Partei-Quartett

SPD-Führungsriege tut sich schwer mit der Erneuerung der Partei



Geht's noch?

Die Entwicklungen auf den Grodenflächen sind der Schwerpunkt auf unserer Nachrichtenseite 2.

Die SPD-Führung steht seit ihrem blamablen Landtagswahlergebnis innerparteilich in der Kritik. Wer da gegen wen im Ring steht, können Sie auf der Seite 3 nachlesen.

Ebenfalls um den Zustand der SPD geht es in unserem Gespräch mit dem neuen Jusso-Vorsitzenden Andreas Art. "Erst einmal ein strukturelles Problem" haben wir den Artikel auf Seite 4 überschrieben.

Für das, was die Richter am Sozialgericht in Oldenburg mit dem Job-Center Wilhelmshaven erleben, gibt es keine passenden Vergleiche. Auf der Seite 5 erfahren Sie Genaueres.

Interessantes, Skurriles und Empörendes von der letzten Ratssitzung finden Sie in unseren Ratssplintern auf Seite 6.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben ein Informationsbüro für prekär Beschäftigte eingerichtet. Warum dieses Büro so wichtig ist, können Sie auf unserer Seite 8 nachlesen.

Eine alte Meldung in der Wilhelmshavener Zeitung veranlasste uns zur Recherche über Wilhelmshavens Ehrenbürger Adolf Hitler. "Ehre, wem keine gebührt", heißt es auf Seite 9.

Ebenfalls auf der Seite 9 geht es um Überstunden von Lehrerinnen und Lehrern und wie die Landesregierung Probleme regelt.

Das Theaterstück 'Landnahme' steht zwar nicht mehr auf dem Spielplan der Landesbühne, wir meinen jedoch, dass eine Nachbesprechung nötig ist. Lesen Sie Seite 10: Arglos, sprachlos, rechtlos.

Seit mehreren Ausgaben schreiben wir über die verqueren Ansichten der Dichterin Agnes Miegel. So auch in dieser Ausgabe. Auf Seite 11 berichten wir über die Hoffnung, dass sich da langsam etwas tut.

Die Veranstaltungen der Gewerkschaften zum 1.Mai finden auch in diesem Jahr wieder im und ums Pumpwerk statt. Wir bitten um Beachtung der letzten Seite!

Fotos Titel: GRUPPOI635

meldungen

WRG-Erweiterungsvorhaben

Die Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft (WRG) hat am 10. April in einem Scoping-Termin im Gorch-Fock-Haus ein um vier Anlagen abgespecktes Erweiterungsvorhaben (Wilhelmshaven Upgrader Project) vorgestellt. Verzichtet werden soll u.a. auf den Bau eines ein Jahr zuvor noch vorgesehenen 200 MW-Kraftwerks. Hinzugekommen ist eine Cokeranlage. Beibehalten wurde die Planung eines Hydrocrackers. Beide Anlagen dienen dazu, das bei der Rohölverarbeitung in der Raffinerie als Rückstand anfallende Schweröl in leichtere Öle und Gase zu zerlegen. Mit diesen Stoffen lassen sich bessere Geschäfte machen.

In der Raffinerie muss also mangels Schwerölrückständen komplett auf Gasfeuerung umgestellt werden, die größtenteils aus eigener Produktion stammen. Dies dürfte die Umwelt nicht nur in der Jaderegion entlasten; darüber hinaus wird dieser sehr schadstoffhaltige Brennstoff der Großschifffahrt entzogen, die damit weltweit die Umwelt verpestet.

Allerdings entstehen bei dem Vorhaben neue Emissionsquellen:

Aus diffusen Emissionen sowie acht zusätzlichen Schornsteinen und einer weiteren Abgasfackel würde eine breite Schadstoffpalette von Schwermetallen, Kohlenwasserstoffen und halogenierten Kohlenwasserstoffen, Schwefel- und Stickoxiden quellen. Nicht zu vergessen die 2,753 Mio. Jahrestonnen Schwefeldioxid (SO₂). Auch die Schadstoffbelastung der Jade dürfte durch Abwässer aus einer zusätzlichen Reinigungsanlage erhöht werden. Außerdem fallen beim Betrieb der neuen Anlagen Abfälle an. Bei der Cokeranlage sind es ganz erhebliche Mengen an schadstoffhaltigem Petrolkoks. Diese sollen laut Angaben der WRG-Vertreter in Kraftwerken verfeuert werden.

Diesbezügliche Detailangaben werden erst im Planfeststellungsantrag vorgelegt. Schon Anfang nächsten Jahres möchte man mit der Baustelleneinrichtung und im Sommer mit dem Bau beginnen. Im zweiten Halbjahr 2011 soll dann der Betrieb aufgenommen werden. Allerdings muss die ConocoPhillips-Zentrale in Houston/Texas noch grünes Licht für das Projekt geben. (jm)

GENUG GESPART!

JWP kommt später

Dafür, dass der JadeWeserPort ein Jahr später als geplant fertiggestellt wird, bekommt die Arbeitsgemeinschaft (ArGe) Bunte einen Extra-Bonus von 8,5 Millionen Euro. Warum Geld dafür gezahlt wird, dass der bis vor wenigen Tagen noch ständig genannte Fertigstellungstermin Ende 2010 für viel Geld um ein Jahr nach hinten geschoben wurde, war bisher nicht zu erfahren. (hk)

Wir bleiben am Ball

Obwohl die Bahn, das Gewerbeaufsichtsamt und die Landesregierung schon vor Wochen über die überhöhten Lärmwerte im Ortsteil Voslapp, die bei der Vorbeifahrt der Kohlezüge gemessen wurden, informiert wurden, hat noch niemand auf das entsprechende Schreiben der BASU (der Gegenwind berichtete) geantwortet. Nur die absolute Fachkompetenz der Voslapper CDU gibt den Bürgern bisher Antworten: "Was der Tjaden da gemessen hat, ist Blödsinn!" "Auf dem Deich und an der Bahnstrecke sind Lärmessgeräte aufgebaut, die würden melden, wenn der Lärm zu hoch ist!" Mit solchen Aussagen wird wieder einmal bestätigt, dass es mit dem Wissen bei manchen Ratsvertretern nicht so weit her ist.

Es gibt weder die angeblichen Messgeräte, noch ist irgendwann einmal überhaupt gemessen worden. Das ist auch jedem bekannt. BASU und Gegenwind bleiben am Ball. (jt/hk)

DFTG-Planfeststellung

Am 04. April fand in der Stadthalle die Erörterung eines Änderungsantrags der DFTG zum Bau ihres im Jahre 1979 erstmalig genehmigten Flüssigerdgas- (LNG-) Terminals statt. Die wesentlichen Änderungspunkte sind

- die Abfertigung von LNG-Tankern bis zu 350 m Länge mit einem Ladevolumen von 225.000 m³ statt ursprünglich avisierten Tanker bis 285 m Länge mit einem Ladevolumen von 125.000 m³
- der Bau von zwei LNG-Tanks à 160.000m³ statt dreier à 80.000 m³.

Einwendungen wegen des Risikos von Tankleckagen durch Schiffskollisionen, Flugzeugabstürze und Terrorakte wurden zurückgewiesen:

Schiffskollisionen mit Ladungsaustritten seien bei derartigen Schiffstypen nicht bekannt und auch wenig wahrscheinlich, weil die LNG-Schiffe eine Doppelhülle hätten und es in den Fahrinnen nur zu Frontalkollisionen gekommen sei, bei denen die Tanks nicht beschädigt worden seien.

Die stählernen LNG-Tanks an Land seien mit einer Betonhülle versehen. Bei äußerer Einwirkung käme allenfalls die Beschädigung der Füllrohr- und Entnahmestutzen in Betracht. Explosionen würde es bei LNG-Austritt nicht geben. So wurde statt über Explosionsdruckwellen - die sehr wohl in anderen Gutachten abgehandelt werden - nur das Verbrennen von Erdgas und die sich ausbreitende Wärmestrahlung angesprochen. Die aus einem derart begrenzten Schadensfall resultierenden Schäden würden sich auf das Werksgelände beschränken. Die benachbarten Chemietanks der INEOS sind demnach nicht davon betroffen.

Angekündigt wurde der Bau einer Ringleitung zwecks Kühlwasseraustausch zwischen dem LNG-Terminal und dem E.ON-Kraftwerk. Dem Kühlwasser soll das Gefrierschutzmittel Ethylenglykol beigemischt werden, um das während der Regasifizierung des tiefkalten flüssigen heruntergekühlte Kraftwerkswasser nicht gefrieren zu lassen. Allerdings ist weder die Ringleitung noch eine vorgesehene Pipelineverbindung zu dem Kavernenfeld bei Etzel Gegenstand dieses Antrags. Dazu sollen weitere Verfahren folgen. (jm)

Was läuft am JadeWeserPort?

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) hat die Eilanträge von 54 Klägern sowie des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V. (LBU) gegen die sofortige Vollziehbarkeit des Baus des JadeWeserPorts (JWP) abgewiesen. In seinem Beschluss moniert das OVG allerdings, dass die schädlichen Auswirkungen der Gleisanbindung des Container-Terminals auf das europäische Vogelschutzgebiet "Voslapper Groden Süd" nicht ausreichend berücksichtigt seien. In dem Planfeststellungsbeschluss muss nun doch entlang der Schienenstrecke der Bau einer Lärmschutzwand - ohne Wenn und Aber - festgelegt werden. Dies hatte die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest als zuständiger Genehmigungsbehörde als Änderungsantrag eingereicht, nachdem das Land Niedersachsen auf Betreiben der Naturschutzverbände von der EU dazu gezwungen worden war, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Die Schallschutzwand wird die niedersächsischen Steuerzahler ca. fünf Mio. € kosten.

Auf die betroffenen Kläger sieht der OVG-Senat allerdings keine unzumutbaren Belastungen zukommen. Dabei stützt er sich in seiner Begründung weitgehend auf die von der JWP-Realisierungsgesellschaft bezahlten Gutachten.

Mit einem Großteil der Einwendungen hat sich das OVG erst gar nicht befasst:

So wurde den Klägern z.B. das Recht abgesprochen, die Erforderlichkeit des JWP, seine Standortwahl und seine Verkehrsanbindung überprüfen zu lassen.

Dem LBU wurde somit das Recht beschnitten, im Rahmen der Vertretung naturschutzrechtlicher Belange die Erforderlichkeit des umweltschädigenden Projekts zu prüfen. Dieser Beschluss ist zwar unanfechtbar und bringt die Hafenslobby unbestritten ihrem Ziel ein bedeutendes Stück näher.

Doch es laufen weitere Klagen gegen das Vorhaben: die LBU-Klage gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Sandentnahme sowie die Privatklagen gegen die durch den Bau und Betrieb des JWP verursachten Belastungen. (jm)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.400 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
 jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 23.04.2008

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
 die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
 durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
 beigetragen haben.

Der gewollte Niedergang

SPD-Fraktionsspitze will den Sturz ins Bodenlose nicht auffangen

(hk) Der Sturz der Wilhelmshavener SPD in die faktische Bedeutungslosigkeit nimmt an Fahrt auf. Norbert Schmidts Landtagswahlergebnis ist nur ein weiterer Markierungspunkt auf der steil abwärts weisenden Kurve.

Doch was passierte nach dem Landtagswahl-Debakel? Gab es eine Selbstkritik? Gab es eine Ursachenforschung? Nichts von alledem fand in der SPD statt. Wie erklärte man sich den Erfolg der Linken in Wilhelmshaven?

Schmidt in der Wahlnacht: *Ganz und gar nicht zufrieden war Norbert Schmidt. Mehr als 3000 Stimmen für die Linke, die schlechte Wahlbeteiligung und ein Landestrend, der fünf Prozentpunkte unter den Umfragen lag: "Das konnte ich nicht gewinnen", sagte ein sehr geknickter SPD-Kandidat. Die Partei sei in Wilhelmshaven in einem klaren Abwärtstrend. "Spätestens jetzt muss die Lage klar analysiert werden." Im sozialen Bereich und in der Frage der Arbeitsplätze nähmen die Menschen der SPD nicht mehr ab, dass sie für sie da sei, so Schmidt. Er selbst habe alles gegeben, könne gut schlafen. Er habe sich nichts vorzuwerfen.* (WZ 28.1.08)

Hehre Worte des gestrauchelten Landtagskandidaten, doch wo bleiben die Taten? Das Ergebnis der Landtagswahl machte auch deutlich, dass es in Wilhelmshaven ein besonderes Problem der WählerInnen mit der örtlichen SPD geben muss. Schließlich hatte der SPD-Kandidat im benachbarten Friesland der CDU das Direktmandat abnehmen können.

Schmidt und Neumann melden sich zu Wort: *Die SPD will sich nach Worten ihres Kreisvorsitzenden Norbert Schmidt mit "einer neuen Mannschaft ganz neu aufstellen". Und: Zudem sollen frühzeitig Kandidaten für die Kommunalwahlen gesucht werden. Ferner will die SPD, so Schmidt, frühzeitig einen Kandidaten finden, der als Nachfolger von Oberbürgermeister Eberhard Menzel aufgebaut werden kann.*

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Siegfried Neumann ist es unerlässlich, "näher am Bürger zu sein". *"Ich predige schon seit langem, wir müssen an den Haustüren der Menschen klingeln, dort um Vertrauen werben und auch heiße Themen ansprechen.* So stand es jedenfalls am 6. Februar in der Wilhelmshavener Zeitung

Nun warteten die Mitglieder auf die große Wende zum Besseren. Aber erst einmal geschah nichts. Man hatte wohl in erster Linie mit sich selbst zu tun. Im Rat war man nach dem Rücktritt des grünen Bürgermeisters Werner Blehl gezwungen, sich um neue Mehrheiten zu kümmern. Man sprach mit der CDU. Die Jusos witterten geheime Koalitionsverhandlungen – doch dazu benötigt die Fraktion grünes Licht vom Kreisvorstand. Die Jusos in ihrer Presseerklärung vom 26. Februar: *"Eine große Koalition, die nur auf die Sicherung von Machtverhältnissen von bestimmten Parteifunktionären pocht, statt die für Wilhelmshaven notwendigen Impulse zu setzen, ist der falsche Weg für die Zukunft. Gerade im Hinblick auf die Verlautbarungen nach der Landtagswahl äußerten die Jungsozialisten Unverständnis über die Koalitionsverhandlungen."*

Als nächstes meldete sich am 29. Februar der Ortsverein West zu Wort. Die aufmüppigen Genossen schossen sich auf den Fraktions-

vorsitzenden Siegfried Neumann ein. Sie warfen ihm einen "selbtherrlichen Führungsstil" und eine mangelnde Diskussionskultur vor. Dadurch und durch die "inhaltliche Stagnation" wird die Partei für engagierte Mitglieder unattraktiv und neue Mitglieder werden abgeschreckt. Auch die Verhandlungen der Ratsfraktionsspitze mit der CDU ohne Einbeziehung der zuständigen Parteigremien wurde kritisiert.

Am 1. März nun war in der Wilhelmshavener Zeitung zu lesen, dass die Jusos wegen der fortgesetzten Verhandlungen mit der CDU Neumanns Rücktritt fordern. Der "nötige Umbruch der SPD in Wilhelmshaven sei nur ohne Siegfried Neumann möglich", ließen die Jusos verlauten.

Am 3. März schlug das Imperium zurück. In einer Resolution der SPD-Ratsfraktion heißt es: *"Die SPD-Ratsfraktion spricht ihrem Vorsitzenden Siegfried Neumann das uneingeschränkte Vertrauen aus und fordert den SPD-Kreisvorstand auf, sowohl den SPD-Ortsverein West als auch die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten aufzufordern, die öffentlichen parteischädigenden, falschen und Siegfried Neumann auch persönlich verletzenden Äußerungen zu unterlassen. (...) Die SPD-Ratsfraktion spricht ihrem Vorsitzenden Siegfried Neumann deshalb das vollste Vertrauen aus und dankt ihm für seine über das normale Maß hinausgehende Arbeit. (...)"*

Doch der Apparat läuft wie gewohnt weiter. OB Menzel wendet sich offen gegen das Recht der Beschäftigten des Reinhard-Nieter-Krankenhauses zur Teilnahme an einer gewerkschaftlichen Großveranstaltung und geht gerichtlich dagegen vor. Der SPD-OV West weist auf den Hamburger Parteitag von 2007 hin, auf dem die SPD erklärt hat, dass Tarifaufonomie und Streikrecht grundlegende Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft sind.

Am 8. März ist in der WZ zu lesen, dass der Kreisvorsitzende Norbert Schmidt und seine Stellvertreter Christine Will und Volker Block gegenüber der Zeitung erklärten, dass der Kreisvorstand die Rücktrittsforderungen gegen Neumann zurückweist, dass es keine Verhandlungen mit der CDU gegeben habe, und dass die Jusos ihre Rücktrittsforderung gegenüber Neumann nicht mehr aufrechterhalten. Als kleines Bonmot gesteht Schmidt, dass er in einer Einladung zu einer Kreisvorstandssitzung vom "Stand der Koalitionsverhandlungen" gesprochen habe – aber natürlich etwas ganz anderes gemeint habe. Doch die Sache mit der großen Koalition ist sowieso erst einmal vom Tisch – die CDU möchte gar nicht.

Dabei war die Rückendeckung für Siegfried Neumann gar nicht so eindeutig, wie die drei im WZ-Gespräch versuchten darzustellen. Auf der Kreisvorstandssitzung zeichnete sich nämlich ab, dass die Mehrheit für den von Norbert Schmidt vehement geforderten Vertrauensbeweis für Neumann auf recht wackligen Füßen stand. Darum verzichtete man auf die geforderte geheime Abstimmung.

Auch die Behauptung, dass die Jusos

nicht mehr für Neumanns Rücktritt sind, war falsch, wie die Jusos einige Tage später in ihrer Kreiskonferenz betonten. Man werde weiterhin dazu beitragen, *"inhaltlich und personell die nötigen Veränderungen herbeizuführen."*

Die Tarifaufonomie-Suppe in dem von Eberhard Menzel angeheizten Feuer köchelte über den Rand – die Gewerkschaft und ihre Mitglieder machten breit gegen diese Einschränkung ihrer Rechte mobil. Auch der Ortsverein West schaltete sich erneut in die Debatte ein, indem er Erhaltung und Ausbau der RNK-Küche und die Gleichstellung der Auszubildenden-Bezahlung mit der anderer Krankenhäuser forderte. *"Aber die Minderbezahlung der Auszubildenden sei von 'einflussreichen politischen Kräften dieser Stadt' so gewollt"*, hieß es in ihrer Presseerklärung.

Inzwischen war bekannt geworden, dass auf Grund der Intervention der Stadt Wilhelmshaven die Ansiedlung eines Media-Marktes in Roffhausen verhindert wurde. Auch hier meldeten sich die Genossen des OV West zu Wort, die in ihrer Mitteilung erklärten, dass Wilhelmshaven nicht immer nur nehmen kann und die Einschränkungen der Nachbargemeinden fordere (Ausweitung der chemischen Industrie, Bahnverkehr, Kohlekraftwerke ...), die Entwicklungschancen der Nachbargemeinden aber minimiere. *"Kleinkariertes Agieren der Verantwortlichen in Wilhelmshaven"*, nennt die SPD West dieses Vorgehen.

In einem Leserbrief fordert der ehemalige AfA-Vorsitzende (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) des SPD-Unterbezirks Wilhelmshaven, Günther Hoppe, die Partei auf: *"Zurück zu den Wurzeln!"* Wir zitieren:

"Als ehemaliger AfA-Vorsitzender der SPD-Unterbezirke Wilhelmshaven und Friesland habe ich Respekt für den SPD-Ortsverein West, welcher sich zu sozialdemokratischen Tugenden bekennt. Die SPD in Wilhelmshaven muss sich fragen lassen, ob so ihre neue soziale Gerechtigkeit aussieht, indem sie sich gegen Tarifaufonomie und Streikrecht positioniert. (...)"

Nach der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen haben nicht nur ich, sondern auch viele Mitglieder aus dem linken Spektrum, Rentner, Arbeitslose und Gewerkschaftler die SPD verlassen. Daher ist ein Einbruch in der SPD-Wählerschaft nicht verwunderlich. Die SPD hat mehr mit ihren Personalien und der Versorgung ihrer Politiker zu tun, als sich um ihr Klientel zu bemühen. Sie hat sozialdemokratische Tugenden und die so genannten "kleinen Leute" verraten und verkauft, da ist kein Platz mehr für Basispolitik. (...)"

Die Hoffnung der SPD-Mitglieder, dass sich innerhalb der Partei doch noch etwas ändert, dass die Forderungen nach inhaltlicher und personeller Erneuerung bis zur nächsten Wahl Früchte tragen, bleibt bestehen. Abschließend zitieren wir aus einem Artikel von SPD-Mitglied Tim Sommer vom 17. April 2008, veröffentlicht im Internet unter <http://www.timsommer.de/wordpress/?p=233>

"Seit mehreren Jahren hat sich bewiesen, dass die neoliberale Politik der SPD unter Schröder die falsche Richtung war und ist. Hohe Verschuldung, steigende Arbeitslosenzahlen, sinkende Staatseinnahmen und extrem steigende Gewinne der Konzerne sprechen klare Worte. Heute bekämpfen sich der neoliberale und der sozialdemokratische Flügel der SPD auf der Suche nach Auswegen. Wäh-▶"

rend die Neoliberalen die Parole "weiter so und am besten noch schneller" rausgeben, fordert die Linke in der SPD die Rückbesinnung auf sozialdemokratische Grundwerte.

(...) Auch in Wilhelmshaven schwelt dieses Problem zwischen der Spitze und der Basis. (...) Besonders Wilhelmshaven zeigt, wie wichtig die dauerhafte Kritik ist. Längst haben Menzel, Schmidt und Neumann ihre eigenen Versprechen gebrochen, in denen sie einen Neuanfang, einen Umbruch und eine personelle Verjüngung versprochen und selber forderten. Kein Wort mehr von Diskussionen oder kritischer Auseinandersetzung. (...) Das nun noch Wilfrid Adam zum Bürgermeister gemacht werden soll, entlarvt

die SPD Wilhelmshaven in ihrem Willen zur Verhinderung eines Umbruchs erneut.

Den Ortsvereinen rennen die aktiven Mitglieder gleich reihenweise weg, vier Wahlen in Folge wurden verloren, die Zahl der Wähler wurde halbiert und alle kennen diese Probleme. (...) Während die Platzhirsche an ihren Posten hängen wie die Fliegen am Fliegenfänger, riskieren sie wissentlich die Zukunft der SPD in Wilhelmshaven. Ihnen ist es lieber, die Partei untergehen zu sehen, als endlich Platz für neue Köpfe zu machen. (...) Selbstverliebte Politiker wie Menzel, Neumann und Schmidt schicken sich an, die Totengräber der Sozialdemokratie in Wilhelmshaven zu werden." □

Ein strukturelles Problem

Gegenwind-Gespräch

Die Situation der Wilhelmshavener SPD nach der Landtagswahl 2008 war Thema unseres Gesprächs mit dem neu gewählten Vorsitzenden der Wilhelmshavener Jungsozialisten Andreas Art.

Gegenwind: Wie stellt sich die Wilhelmshavener SPD für ein kritisches SPD-Mitglied dar?

Andreas Art: Nach der Landtagswahl kamen die Probleme offen auf den Tisch – Sachen, die schon länger, seit Jahren, falsch laufen. Ob es nun um die Jugendförderung geht, oder ob es darum geht, neue Leute an die Ratsarbeit heranzuführen, in die Arbeit der Parteigremien einzubinden, dass die dann auch Verantwortung und Ämter übernehmen können – so etwas wurde in den letzten Jahren verschlafen. Ist es attraktiv für einen Jugendlichen, in der SPD mitzuarbeiten? Oder ist es frustrierend? Das ist nicht nur Frust. Für mich bedeutet es vor allem auch sehr viel Spaß. Es gibt natürlich sehr viele Sachen, bei denen ich sage, das ist nicht richtig, das geht in die falsche Richtung. Was mich zum Beitritt in die SPD veranlasst hat, ist natürlich die Ausrichtung der Sozialdemokraten, das Grundsatzprogramm. Und das möchte ich natürlich auch hier vor Ort umsetzen.

Wir hatten im Gegenwind nach der Landtagswahl den Niedergang der Wilhelmshavener SPD dargestellt. Das ging ja von 26.000 Erststimmen auf 10.000 Erststimmen zurück. Wo liegen die Hauptprobleme in Wilhelmshaven, woran hakt es hier?

Die Strukturen in der Wilhelmshavener SPD sind sehr veraltet. Es sind dieselben Leute, die seit Jahren die Fäden in der Hand haben, die die Entscheidungen fällen, so dass man als Neuer gar nicht die Möglichkeit hat, Akzente zu setzen. Es hat sich seit Jahren so eingespield, dass 4 bis 5 Personen alles regeln. Das aufzubrechen ist natürlich sehr schwierig.

Ähnlich dramatisch wie der Rückgang der Wählerstimmen ist ja der Mitgliederschwund. In den letzten 10 Jahren sind die Mitgliederzahlen von 1.400 auf 800 zurückgegangen. *Nach der Landtagswahl hat Norbert Schmidt gesagt, dass es jetzt darum geht, einen Neuanfang zu machen. Hat es diesen Neuanfang gegeben?*

Personell hat es diesen Neuanfang noch nicht gegeben, da warten wir noch drauf. Was jetzt langsam passiert, ist, dass wir eine Basis bekommen, um kritisch mit den Dingen, die hier falsch laufen, umgehen zu können, dass wir jetzt regelmäßig Klausurtagungen machen, wo alle SPD-Mitglieder die Möglichkeit

haben, sich Luft zu verschaffen, Probleme aufzuzeigen. Das läuft im Moment ganz gut. Das gab es ja auch nach der Kommunalwahl schon – aber es ging danach nicht weiter. Jetzt scheint da doch eine gewisse Regelmäßigkeit reinzukommen. Wir sind da auf einem guten Weg, regelmäßig vorhandene Probleme intern zu benennen und entsprechend zu lösen.

Gibt es denn in der Wilhelmshavener SPD eine Opposition, die über den OV West und einige Jusos hinausgeht?

Es ist schon so, dass die Ratsfraktion relativ geschlossen ist und dass es teilweise Differenzen zwischen dem Kreisvorstand und der Ratsfraktion gibt. Der Kreisvorstand hat ja die Funktion, gewisse Zielvorgaben und politische Richtungen vorzugeben, nur die Ratsfraktion setzt nicht immer alles so um, wie es eigentlich sein sollte. Es gibt sicherlich nicht nur die Jusos, den Ortsverein West und Tim Sommer mit seiner Homepage (www.timsommer.de/wordpress/), die da in Opposition stehen. Es gibt schon die Unterstützung von sehr vielen SPD-Mitgliedern. Es ist ja so, dass man als 'normales' SPD-Mitglied nicht die Möglichkeit hat, seine Position öffentlich kundzutun. Wir als Jusos haben immerhin die Möglichkeit, eigene Pressemitteilungen herauszugeben.

Wie lange machen die führenden SPD-Köpfe in Wilhelmshaven es noch mit, dass hier eine öffentliche Opposition existiert?

Wir haben unsere Positionen, wir argumentieren sehr sachlich, wir nennen klar die Punkte, wo wir Veränderungen wollen, und solange das auf dieser sachlichen Ebene bleibt, sehe ich keinen Grund, warum man sich nicht mit uns auseinandersetzen sollte.

Und das passiert auch so?

Wir sind nicht bedroht worden, und es gab auch keine Versuche uns mundtot zu machen. Die angesprochenen Klausurtagungen bieten ja auch immer der "Opposition" die Möglichkeit, konstruktive Kritik zu äußern.

Die Auseinandersetzung kann ja nicht nur auf einer organisatorischen Ebene laufen. Wo liegen denn die inhaltlichen Konflikte?

Da ist natürlich die Auseinandersetzung ums Reinhard-Nieter-Krankenhaus, die uns hier in Wilhelmshaven noch eine lange Zeit beschäftigen wird. Einmal aufgrund der Vorga-

ben, die uns im Rahmen der Gesundheitsreform von der Bundespolitik gegeben werden, aber zum anderen war auch der Schritt in Richtung Privatisierung schon ein Schritt, den wir nicht für richtig halten. Wir sind der Meinung, dass das RNK und die gesamte Gesundheitsvorsorge in der öffentlichen Hand bleiben muss. Und wenn man dazu dann die Äußerungen von Herrn Menzel oder auch von Herrn von Teichman hört, die in Richtung völliger Privatisierung gehen, dann werden wir da schon gegen kämpfen, weil das der falsche Weg ist. Die Gesundheitsversorgung muss in staatlicher Hand bleiben und nicht finanziellen Interessen von Investoren unterworfen sein. Dieser Weg wäre fatal für die Patienten und Angestellten.

Bei der Auseinandersetzung um die Kohlekraftwerke fand ich es beschämend, wie mit den Kritikern umgegangen wurde. Ich fand's auch absolut unzureichend, wie dieses Thema öffentlich diskutiert wurde – dass sich also erst eine Bürgerinitiative und eine Ärzteinitiative gründen mussten, um so etwas wie eine öffentliche Podiumsdiskussion in Gang zu bringen. Das sind Sachen, die hätten von vornherein anders laufen müssen. Wir sehen da auch einen Widerspruch zum Parteiprogramm der SPD, weil dort ganz klar gesagt ist, 'Kohlekraftwerke nur mit Kraft-Wärme-Kopplung' – und das ist etwas, was in Wilhelmshaven nicht einmal überlegt worden ist. Es handelt sich auch um eine Entscheidung von solcher Tragweite, dass auch die Bürgerinnen und Bürger hätten befragt werden müssen. Wir haben diese Bürgerbefragung befürwortet.

Aber das kann doch nicht die Ursache für die desolate Lage der Wilhelmshavener SPD sein. Ist es vielleicht doch mehr ein personelles Problem? Ein Problem Siegfried Neumann?

Wie ich eingangs erläutert habe, ist es erst einmal ein strukturelles Problem. Es ist aber auch die Frage, wie wird innerhalb der Partei entschieden, wie weit ist das Ganze basisdemokratisch organisiert, wie weit hat man als normales SPD-Mitglied überhaupt noch die Möglichkeit, Entscheidungen mitzugestalten. Wie zeigen sich denn die Aktivitäten bspw. der Jusos?

Bei der letzten Kommunalwahl hatten wir 5 Kandidaten im Jusoalter (unter 35 Jahre). Die haben dann allerdings so schlechte Listenplätze bekommen, dass die gar keine Chance hatten, in den Rat zu kommen.

Und bei dem schlechten Wahlergebnis hatten natürlich nur die ganz vorne Platzierten eine Chance.

Es geht ja nicht einfach nur um die Jusos. Nicht einmal die Altersgruppe der 30-Jährigen ist in der Ratsfraktion vertreten. Das jüngste SPD-Ratsmitglied ist 45 oder 46. Die jüngeren Bevölkerungsschichten sind überhaupt nicht präsent.

Eigentlich hat doch jeder ein Interesse daran, dass junge Leute in den Gremien aktiv sind. Wer blockt das denn ab?

Es wurde schon gesagt: 'Klar, wir brauchen junge Leute!', als es dann aber um die Entscheidung der Listenplätze ging, da wurde aber dieser Schritt nicht gemacht, dass man junge Leute auf guten Plätzen positioniert. *Ich glaube, das nennt man Platzhirschmentalität. Vielen Dank für das Gespräch.*

Jusos im Internet:

www.jusos-wilhelmshaven.de/

Genervt

Immer wieder derselbe Streit gegen denselben Beklagten

(noa) Stell dir vor, dein Mann bringt dir Sonntag für Sonntag ein Stück Schwarzwälder Kirschtorte aus der Konditorei mit, obwohl du ihm schon zwanzigmal gesagt hast, dass du Schwarzwälder Kirschtorte nicht magst. Dieses Beispiel hinkt ganz fürchterlich als Vergleich zu dem, was hier berichtet werden soll, aber uns ist gerade nichts Passendes eingefallen.

Wahrscheinlich gibt es für das, was die Richter am Sozialgericht Oldenburg mit dem Job-Center Wilhelmshaven erleben, überhaupt keine passenden Vergleiche. Von dem Mann mit der Schwarzwälder Kirschtorte könnte frau sich ja notfalls scheiden lassen.

Die Richter am Sozialgericht Oldenburg jedoch entkommen ihrer Falle nicht. Eins ums andere Mal haben sie Fälle zu verhandeln, in denen Wilhelmshavener Erwerbslose gegen ihren Alg II-Bescheid klagen, weil das Job-Center ihnen nicht die vollen Kosten der Unterkunft gewährt. Eins ums andere Mal ergeht ein Beschluss, dass die Kosten der Unterkunft in Höhe der Werte aus der rechten Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 % zu übernehmen sind. Trotzdem legt das Job-Center immer wieder die Mietobergrenzen, die die Stadt Wilhelmshaven willkürlich gesetzt hat, ihren Bescheiden zugrunde.

Letzten Monat gab es wieder einmal eine solche Verhandlung in Oldenburg. Der Kläger war Hans-Jürgen M. (der vollständige Name ist der Redaktion bekannt), der, seitdem er nach Wilhelmshaven gezogen ist, immer angenommen hat, was das Job-Center ihm beschiedenen hat, sei rechtens, und sich selber immer mit dem beschiedenen hat, was er bekam. Und das heißt, dass er seit Jahren einen beträchtlichen Teil seines Regelsatzes für die Miete eingesetzt hat. Er hat vor einiger Zeit einen Gegenwind in die Hände bekommen, gelesen, was ihm zusteht und wie er es bekommen kann, und sich entschieden, dass es ein Ende mit der Bescheidenheit hat.

Für das Job-Center war Herr Wothe von der Widerspruchsstelle beim Gericht zugegen, und ihm haute der Richter die Schwarzwälder Kirschtorte um die Ohren. "Herr Wothe, Sie kennen unsere Marge: rechte Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 %", sagte er ihm.

Kosten der Unterkunft in dieser Höhe und damit nur geringfügig unter der tatsächlichen Miete stehen nun in dem Vergleich, den Hans-Jürgen mit dem Job-Center abgeschlossen hat, und dazu noch anteiliges Sozialgeld für seine Tochter, die nicht bei ihm wohnt, aber regelmäßig übers Wochenende und in den Ferien zu ihm kommt.

"Ich kann jedem nur raten, sich zu wehren – egal um welchen Betrag es sich handelt", sagt Hans-Jürgen nach diesem erfreulichen Ausgang des Verfahrens. Er ist jedoch mit dem Job-Center noch nicht fertig. Wie sich ein Widerspruch gegen einen Alg II-Bescheid immer nur auf eben den aktuellen Bescheid bezieht, geht es auch in Gerichtsverfahren immer nur um den je aktuellen Bescheid. Wer schon länger Leistungen, die ihm zustehen, nicht bekommen hat, aus Unwissen aber keinen Widerspruch eingelegt und nicht geklagt hat, kann an die vorenthaltenen Summen aus früheren Zeiträumen nur kommen, indem er zunächst einmal einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X beim Job-Center stellt. Natürlich wird das Ergebnis der Überprüfung im-

mer lauten, dass alles in Ordnung gewesen sei, denn das Job-Center wird ja nicht einräumen, dass es dem Antragsteller nicht gewährt hat, was ihm zusteht. Aber: Gegen den Überprüfungsbescheid kann man Widerspruch einlegen; gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid kann man klagen. Und so wird Hans-Jürgen auch für die vorherigen Bewilligungszeiträume um die von ihm aus dem Regelsatz getragenen Mietanteile streiten.

Und es kommt einiges dazu: Hans-Jürgen beheizt seine Wohnung mit Öl. Und das kommt nicht einfach aus der Leitung, sondern muss, wenn es alle ist, in größeren Mengen gekauft werden. Dazu braucht man eine größere Summe Geld. Wenn man gerade den Regelsatz für die ganze Familie überwiesen bekommen hat, kann man schnell den Öltank füllen lassen, die Rechnung bezahlen und mit etwas Glück die verauslagte Summe vom Job-Center zurückbekommen, bevor das Brot zu Ende ist. Das klappt aber nicht immer, und so musste Hans-Jürgen einmal beim Job-Center um das Geld für das Heizöl vorab bitten. Er bekam es nicht. Es nützte ihm auch nichts, dass er den letzten Ölkauf nachweisen und darlegen konnte, dass dieser Brennstoff zu Ende war. Zu diesem Zeitpunkt schafften er und sein Sachbearbeiter es wohl schon nicht mehr, zufriedenstellend miteinander zu kommunizieren. Aus dieser Zeit nämlich datiert ein Schreiben, in dem am Ende stand: "Sollten Sie bis zum o.a. Termin nicht antworten bzw. die angeforderten Unterlagen nicht einreichen, werde ich die Geldleistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz versagen."

Heute weiß Hans-Jürgen, dass das Job-Center so etwas nicht tun darf, diese Drohung also eine leere war. Damals jedoch war er so beeindruckt, dass er auf das Geld für das Heizöl verzichtete und stattdessen mit Heizlüftern für eine erträgliche Raumtemperatur in seiner Wohnung sorgte. Der Strom kommt ja aus der Steckdose; er wird geliefert, ohne dass man ihn im voraus bezahlen muss. Und die Nachzahlung, die nach dem nächsten Ablesetermin fällig ist, sind ja Kosten der Heizung, die das Job-Center übernehmen muss. Und zwar in voller Höhe, sofern man die Energie nicht verschwendet hat: In angemessener Höhe, sagt das Gesetz, und somit ist eine Pauschale nicht rechtmäßig. Doch wie dieses Verfahren ausgeht, muss man abwarten.

An Hans-Jürgen M. scheint das Job-Center sich jedenfalls festgebissen zu haben. Das Letzte, was sich vor Drucklegung dieser Gegenwind-Ausgabe tat, war ein Schreiben des Job-Centers, demzufolge sich die Auszahlung des Geldes, das er zu bekommen hat, verzögere, weil man bei der Behörde so viel damit zu tun habe, seine Widersprüche zu bearbeiten. Es ist natürlich ziemlich dumm, schriftlich zuzugeben, dass man jemandem aus Schikane sein Recht nicht gewährt, und wie das Sozialgericht damit umgeht, darauf darf man gespannt sein. □



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84



Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



KULTUR - KOMMUNIKATION
HOTEL
KLANG KLANG
WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH
**Frühstücken
Partys - Konzerte**
www.kling-klang-whv.de

Ratssplitter

vom 16. April 2008
aufgeklaut von Imke Zwoch

Schieflage

Im Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) hängt der Haus(tarif)segen schief. Die Auszubildenden werden 20% unter Tarif bezahlt, bekommen keine Wechsel-/Schicht- oder Feiertagszulagen, schieben dafür aber jede Menge Überstunden vor sich her, die sie weder abgefeiert noch ausbezahlt kriegen. In den vergangenen Wochen machten sie mit mutigen und kreativen Aktionen auf ihre Lage aufmerksam. Nun füllten sie den Zuschauerraum des Ratsaals: Johann Janssen (LAW) hatte beantragt, RNK-Geschäftsführer Prof. Jörg Brost möge im Rat Stellung nehmen. Und, nebenbei, auch mal sein eigenes Gehalt beziffern.

Brost erschien nicht persönlich, war aber offensichtlich Verfasser der Stellungnahme, die OB Menzel verlas. Folgenden Inhalts: Trägerin der Ausbildung ist die "Schwesterschaft Übersee" des DRK, das RNK selbst nur Ausbildungsstätte. Es erstattet die Ausbildungsentgelte ans DRK nur in der Höhe, wie die Refinanzierung sichergestellt ist. Ab 2009 sollen die Kassen aber nur noch eine Kopfpauschale pro Azubi zahlen, und die liegt unter dem Tarifgehalt. Durch Fortzahlung nach Tarif entstünde dem RNK eine Lücke von 650.000 Euro. Laut Bundesarbeitsgericht ist eine Ausbildungsvergütung, die den Tarif bis zu 20% unterschreitet, noch angemessen. Die Azubis sowie LAW, Grüne und BASU sind anderer Ansicht. Wer aber soll die Lücke decken, damit die jungen Leute gerecht bezahlt werden? Nach Vorschlag von Joachim Ender (BASU) die Stadt. Als gemeinnützige GmbH untersteht das RNK formaljuristisch seinem Aufsichtsrat, allerdings hält die Stadt 100% der Anteile und ist somit zumindest moralisch auch in der Pflicht. So stritt man sich, wer sich nun mit Ender's Antrag zu befassen habe: Der städtische Finanz- bzw. Krankenhausausschuss oder der Aufsichtsrat? In der Debatte durfte auch der (liberale) Zopf nicht fehlen, dass höhere Gehälter Ausbildungsplätze gefährden würden. Da wurden die armen Azubis, die auf der Tribüne fassungslos dem Kompetenzgerangel lauschten, auch noch zum Sündenbock gestempelt! Werner Biehl (Grüne) griff ein: Natürlich sei die finanzielle Situation der Kliniken prekär, doch nicht wegen der Azubis – aber auf diese Schwächsten würde man die Probleme abwälzen. Er zollte den jungen Leuten Respekt, dass sie trotz ihrer Abhängigkeit im Ausbildungsverhältnis so offensiv um ihre Rechte kämpfen. ☺ Menzel wiegelte ab: die Abkehr von den Tarifverträgen in Kliniken läge im Trend – und wurde dann plötzlich kämpferisch: Ursache des Übels sei die bundesweite Deckelung der Krankenhaus-Zuschüsse – "Asklepios (eine Klinik-"Heuschrecke" – Anm. d. Red.) und Co. warten nur darauf, aufzusammeln, was die verfehlete Gesundheitspolitik überlässt!" Da hat er ja nicht Unrecht, aber der richtige Weg wäre wohl, sich dem Widerstand anzuschließen, statt sich dann doch dem Diktat zu beugen.

Schließlich entschied man mehrheitlich, den Antrag an den Finanzausschuss zu verweisen. Fehlt noch was? Ach so: Das Gehalt von Herrn Brost kam nicht mehr zur Sprache.

Abenteuer Ambulanz

Wer abends oder am Wochenende eine plötzliche Augenverletzung oder -erkrankung behandeln lassen muss, kann das Pech haben, in Wilhelmshaven keinen Spezialisten anzutreffen. 7 Augenärzte in 4 Praxen in WHV bekommen es nicht hin, einen durchgängigen Notfalldienst sicherzustellen. So wird man innerhalb eines gemeinsamen Notfall-Einzugsbereiches zwischen WHV, Wittmund, Jever, Brake oder Varel hin- und her geschickt. (Einäugig am Lenkrad kommt gleich nach besoffen fahren, oder?) Dr. Michael von Teichman meinte, es sei ja kein Problem, sich ein Taxi nach Varel zu nehmen – sehr lustig, ja, wenn man das Geld dafür hat. Ausgangspunkt der Diskussion war Janssens Antrag, die Verwaltung möge sich mit Nachdruck für einen ausreichenden Notfalldienst einsetzen. Stadtrat Jens Stoffers erklärte, dafür sei die kassenärztliche Vereinigung zuständig. Unterstützung fand Janssens Antrag bei Uwe Reese (SPD) und schließlich auch bei der Mehrheit des Rates.

Kundenbindung

Mit Bau des JadeWeserPort geht uns der Geniusstrand unwiederbringlich verloren. Schon zu Beginn der Hafenplanung wurde deshalb ein Shuttlebus zum nächsten Strand in Hooksiel in Aussicht gestellt. Jetzt, zum Beginn des Hafenausbaus und demnächst der Badesaison, wollte Johann Janssen (LAW) wissen, wie weit die Shuttleplanungen gediehen sind. Laut OB Eberhard Menzel ist tatsächlich eine Verlängerung der Linie 6 geplant – zunächst aber nur zur JWP-Infobox und zur Baustelle, später vielleicht auch zur Hooksielener Rennbahn – aber nicht zum dortigen Strand. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Sollten nicht die Nachbargemeinden auch vom Hafen profitieren? Oder sollen die WilhelmshavenerInnen gezwungen werden, Eis und Pommes im Freibad Nord oder am Südstrand zu kaufen?

Suchspiel

Ende letzten Jahres beschloss der Rat, die Aufwandsentschädigungen zu veröffentlichen, die die Ratsmitglieder für ihre Tätigkeit in verschiedenen Gremien erhalten. Dies ist allerdings nicht für alle verpflichtend, sondern nur für jene, die sich per Unterschrift freiwillig dazu bereit erklären. Johann Janssen fragte jetzt, wo die Aufstellung zu finden sei. OB Menzel verwies auf die städtische Internetseite.

Viel Spaß bei der Suche. ☺ Na gut, hier der Wegweiser: Gehen Sie auf "Behörden, Dienstleister", dann in der Spalte links auf "Ratsinformationssystem"; scrollen Sie runter zur Rubrik "Rat der Stadt" und klicken Sie auf "Verzeichnis der Ratsmitglieder".

(Direkter Weg: http://www.wilhelmshaven.de/behoerden_dienstleister/ratsmitglieder.htm). Ganz einfach zu finden, wenn man's weiß. Eine Liste suchen Sie dort aber vergebens. Sie müssen alle Ratsmitglieder einzeln anklicken und finden am Ende der Selbstdarstellung jeweils Angaben zur Entschädigung aus Aufsichtsratsstätigkeit in 2007 – oder auch nicht, denn: ist ja freiwillig. Spricht für sich, wer sich da outet und wer nicht.

Späte Einsicht

Die Sanierung der ehemaligen Helene-Lange-Schule, zukünftig Grundschulzentrum Rheinstraße, ist fast abgeschlossen und zumindest von außen betrachtet recht gelungen. Nach den Sommerferien kann der Schulbetrieb losgehen. Finanziert wurde der Umbau durch einen Vertrag zwischen der Stadt und dem Immobilienhändler Bodo Behnke. Der ist Eigentümer des Gebäudes, das er zukünftig der Stadt vermietet. Umstritten ist, ob dies für die Stadt wirklich günstiger ist als ein (kreditfinanzierter) Erwerb und Umbau in Eigenregie. Jetzt beantragte die FDP Akteneinsicht in den Vertrag – und alle anderen Ratsfraktionen schlossen sich an. Direkt gegenüber der neuen Schule, wo früher C&A war, soll ein neuer fünfstöckiger Gewerkekomplex hochgezogen werden. Unter anderem soll dort die Multimedia-Kette SATURN einziehen. Ein Grundschulzentrum in der City neben dem Haupteinkaufszentrum, dessen Verkehrsaufkommen durch Erweiterung noch wächst: eine putzige Idee, die ihresgleichen sucht. Verkehrserziehung wird vermutlich ein wichtiges Fach an der neuen Schule.

Holzauge sei wachsam

Wo früher das Hallenbad stand, umgeben von einem großen, wertvollen Baumbestand, gähnt seit längerem eine planierte Fläche. Nicht mehr lange: Einstimmig wurde der Bauplan für den "Parkgarten" beschlossen, ein neues innerstädtisches Wohnangebot, gestaltet mit Wasser und Bäumen. Warum man (wieder mal) nicht in der Lage war, den vorhandenen, Jahrzehnte alten Baumbestand in die Planung einzubeziehen, sondern den erst platt machen musste, um dann junge Bäumchen nachzupflanzen, fragte sich nicht nur der NABU. Dessen Sprecher Wilhelm Kaufmann sorgt sich nun um die prächtigen Bäume an der Kieler und der Mozartstraße, die bleiben durften, aber durch die beginnenden Baumaßnahmen gefährdet sind, z. B. durch Grundwasserabsenkung oder Schädigung im Wurzelbereich. Ratsvorsitzen-



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik



der Schmidt räumte ein, es habe in der Vergangenheit "Negativbeispiele" gegeben, wo derart geschädigte Bäume umgekippt seien. Kontrolle sei deshalb sehr wichtig. Hoffmanns Hinweise wurden in der Abwägung der Stellungnahmen zum Plan berücksichtigt. Klingt toll, ist aber selbstverständlich: Zum Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen gibt es allgemein gültige Vorschriften, und ein Bauunternehmen, das diese nicht berücksichtigt, ist inkompetent und sollte im Falle eines Falles kräftig in Regress genommen werden.

Landnahme

Die Umgestaltung der so genannten Jadeallee (bisher noch Jadestraße siehe obige Zeichnung) nimmt Formen an: Der Rat legte das Stadtumbaugebiet fest, das auch Wiesbadenbrücke, Pumpwerk-Gelände, Biotechnologiepark sowie Kleingärten südwestlich des Grodendamms umfasst. Letztere sollen mittelfristig verschwinden: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz, alle sollen ans Wasser können", argumentierte Bernhard Rech (CDU). Unser Tipp: Ein konstruktiver Ratsspaziergang am Südufer des Banter Sees hilft gegen Wahrnehmungsstörungen. Bis auf zwei vergleichsweise kurze Abschnitte, wo Kleingärten ans Wasser grenzen, können zwischen Grodendamm und Westende des Sees alle überall ans Wasser – ein wunderschöner Weg. Gestört wird dieser Gemeinnutz erst bei Umsetzung der Planung: An allen vier Ecken des Grodendamms sollen Wohn- bzw. Gewerblocks errichtet werden. Deren architektonische Qualität ist absehbar, schaut man das neue Apartmenthaus am Deich an oder die Neubauten nördlich des Großen Hafens: Viereckig, langweilig, provinziell und möglichst alle verschieden – von einem städtebaulichen Ensemble kann keine Rede sein. Zudem sollte ein Spaziergang auf einer maritimen Allee am Ende den Blick auf freie Landschaft eröffnen, statt ihn mit mehrstöckigen Blocks zu verstellen – solch ein Konzept ist, mit Verlaub, dilettantisch. ☹

Die "Wassergärten" am Banter See sind Kult und ein besonderes, traditionelles Stück Lebensqualität in Wilhelmshaven. Völlig unan-

BASU und LAW wollen die Gärten erhalten und stimmten deshalb gegen das Konzept.

Vogelfrei

Für den Heppenser Groden südlich des NWO-Tanklagers, bislang unbebaut, wurde der Bebauungsplan an zwei konkrete Investoren angepasst. Direkt am Friesendamm will sich die Firma Nietiedt ansiedeln, der gesamte östlich angrenzende Bereich bis zum Deich soll der Firma German Oil Trading zur Verfügung stehen. Bislang waren im Gebiet Kompensationsflächen (zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft) vorgesehen. Die passen nicht ins Konzept und sollen entfallen, kompensiert wird dann an anderer Stelle. Kackfrech wird trotz alledem aus dem Baugesetzbuch zitiert, da ist von einer "nachhaltigen" städtebaulichen Entwicklung die Rede, "die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen miteinander in Einklang bringt ... Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen..." blabla. Sie kapierten's einfach nicht: Natürlich kann man wieder in Südbollenhagen oder Nordkleckersdorf irgendwas aufforsten, wo sich, -zig Kilometer entfernt, die zerstörte bzw. heimatlos gewordene Tier- und Pflanzenwelt mit Glück wieder ansiedelt. In Wilhelmshaven ist sie deshalb trotzdem futsch. Zukünftige Generationen werden uns den Mittelfinger zeigen, sofern sie überhaupt noch wissen, wie ein Singvogel aussieht. Ganz Deutschland redet vom Jahr der biologischen Vielfalt 2008. Unser Rat redet nur davon, ob die Wirtschaftsförderung mit der Neuansiedlung eine tolle Leistung erbracht hat. Ob es richtig war, dass die WFG vom Theaterplatz in die Südstadt umgezogen ist. Und ob Herr Nietiedt eventuell gekränkt ist, wenn man so und so darüber diskutiert. Von den Vögeln mal ganz abgesehen – ob es eingangs den RNK-Azubi was ausmachte, dass man SO – in ihrer Anwesenheit – über sie diskutierte, hat die wenigsten Ratsmitglieder interessiert. An diesem Punkt wurde es Zeit, dem Ratsaal den Rücken zu kehren. ☹

gebracht, da Sozialheid zu schüren. Die Eigner sind schon genug bestraft damit, dass man mittelfristig nicht mehr im See baden kann, bis eine geeignete Entgiftungsmaßnahme gefunden wird. Gemeinnutz geht vor Eigennutz? Wann richtet dann Jadestahl einen Wanderweg am Südufer des Kanalhafens ein? Und wie wird der Wanderweg längs der Terminalkante gestaltet, wenn mit dem JadeWeserPort ein großes Stück öffentlicher Zugang zum Wasser verbaut wird? Will sagen: An den Kleingärten liegt es nun wirklich nicht, dass zunehmend öffentliche Freizeitwerte in unserer Stadt verschwinden.

Mütter Zentrum

Wertstr. 45
Tel. 506 106

Vortrag zum Thema
Ernährung,
Entgiftung und
Energiearbeit

Am Donnerstag, den 29. April
2008 von 9.00 bis 11.00 Uhr
Im Stadtteilbüro Westliche
Südstadt (Wertstr./Ecke
Bahnhofstr.)

Kostenbeitrag 5.- €

Je mehr sich ein Mensch mit seiner Lebensweise von der Natur entfernt, desto mehr ist seine Gesundheit in Gefahr.

Die Heilpraktikerin Siglinde König will in ihrem Vortrag Bewusstsein dafür schaffen, dass wir selbst die Verantwortung für unseren Körper übernehmen können.

Folgende Themen werden berücksichtigt:

- Ernährung: Nahrungsmittel oder Lebensmittel?
- Entgiftung: Alles im Fluß? Ausleitung und Entschlackung
- Energiearbeit: Woher kommt die Energie / Lebensenergie?

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

Informationsbüros für "prekär Beschäftigte"

Prekäre Beschäftigung - ein Handlungsfeld für Gewerkschaften

(hk/dgb) Die DGB-Region Oldenburg-Wilhelmshaven richtete Ende 2007 drei Informationsbüros für prekär Beschäftigte ein. An den Standorten Cloppenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven können sich Betroffene über ihre Rechte informieren. Ein Team von Haupt- und Ehrenamtlichen steht Gewerkschaftsmitgliedern und -nichtmitgliedern mit Rat und Tat zur Seite.

Das Spektrum reicht von einfachen Fragen zum Umgang mit Minijobs bis zu arbeitsrechtlichen Auskünften. Das Zusammenspiel von ehrenamtlicher Begleitung und Information mit kompetenter und professioneller Rechtsberatung für Gewerkschaftsmitglieder durch die DGB Rechtsschutz GmbH ist das Besondere an diesem Projekt. Bei Ratsuchenden sowie bei der Öffentlichkeit stößt dieses Projekt auf breite Zustimmung. "Endlich wird etwas getan", ist der häufigste Kommentar, den die Aktiven bei ihren Aktionen in den Innenstädten hören.

Wie entstand die Idee, Informationsbüros für prekär Beschäftigte einzurichten?

Auf einer DGB-Regionaltagung 2005 wurde der Startschuss gegeben. DGB und Gewerkschaften beschäftigten sich intensiv mit der Entwicklung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Schnell wurde die Brisanz des Themas deutlich - eine Entwicklung, auf die die Gewerkschaften dringend Einfluss nehmen müssen. Es wurde beschlossen, regionale Daten zu erheben, um eine bessere Grundlage für politisches Handeln zu schaffen. Aber damit war das Thema noch lange nicht vom

Tisch. Auf einer DGB-Regionalsitzung im April 2007 wurde die Einrichtung von drei Informationsbüros beschlossen. Allen Beteiligten war bewusst, dass diese Anlaufstellen allein nicht ausreichen. Nur wenn man auf betrieblicher wie auch auf politischer Ebene zusätzlich aktiv wird, können Erfolge erzielt werden.

Eine Fülle von zusätzlichen Aktivitäten stehen noch auf der Agenda des Projekts, von der Kampagneplanung gemeinsam mit den Gewerkschaften für einzelne Betriebsbereiche bzw. Branchen (z. B. zu Themen wie Leiharbeit etc.) bis hin zur Schaffung von Selbstorganisationsmöglichkeiten für prekär Beschäftigte.

Ziel dabei ist die Reduzierung prekärer Beschäftigung durch Umwandlung in sichere Arbeitsverhältnisse. Dazu ist es notwendig, dass stärker als bisher Kolleginnen und Kollegen aus diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen angesprochen werden und sie für die aktive Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden können.



Das Team besteht aus haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftern: Kurt Michaelis (IG BAU), Jürgen Oltmanns, (Erwerbslosenausschuss / ver.di), Heinz Reinecke (ver.di), Frank Krieger (DGB-Rechtsschutz GmbH), Susanne Schulze und Ralf Keuck (IG Metall), Dorothee Jürgensen (DGB)

1. Mai in Wilhelmshaven – für die ganze Familie

Der DGB-Kreisverband Wilhelmshaven lädt zum 1. Mai-Fest rund ums Kulturzentrum Pumpwerk ein.

Mit der Begrüßung durch die Kreisverbandsvorsitzende Dorothee Jürgensen wird die Veranstaltung um 11.00 Uhr eröffnet. Auf das Motto **"Gute Arbeit muss drin sein!"** geht Wolfgang Jägers – Regionalleiter der IG Bauen Agrar und Umwelt Weser-Ems - in seiner Mai-Rede ein.

The International Vagabond Orchestra spielt im Anschluss auf dem Familienfest am Pumpwerk. Das kleine Orchester spielt gut gelaunte Vagabunden- und Herumtreibermusik aus aller Welt.

Die **"Compañía flamenca del mar"** wird mit typischen Flamencotänzen in vielen Variationen das Publikum begeistern, und auch der **Internationale Volkschor Wilhelmshaven** ist dieses Jahr wieder mit dabei.

Für eine große Vielfalt an Informationen und Aktionen sorgen **über 20 Verbände** und Organisationen, die sich gemeinsam mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften auf viele Besucherinnen und Besucher freuen. (Siehe auch Anzeige auf der letzten Seite)



Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Verschiedenerlei Sorgen

In der Ratssitzung am 16. April gab es eine Kleine Anfrage der FDP zu den Kosten der Unterkunft für Alg II-Bezieher. Die FDP fragte, ob die Stadt Wilhelmshaven diesbezüglich vom Bundesrechnungshof oder vom Landesrechnungshof überprüft worden sei, ob der Verwaltung Ergebnisse von solchen Überprüfungen in anderen Bundesländern bzw. Kommunen bekannt seien und welche Konsequenzen sich ggfs. daraus für Wilhelmshaven ergeben.

Wenn Rechnungshöfe prüfen, dann stets, um nachzuweisen, dass die überprüfte Behörde zuviel Geld ausgegeben hat. Die Sorge von Rechnungshöfen – wie auch der FDP – geht dahin, ob für Langzeitarbeitslose evtl. mehr Geld als nötig ausgegeben wurde.

Darum, ob der betroffene Personenkreis möglicherweise zu we-

nig Geld für die Kosten der Unterkunft und Heizung bekommt, sorgen Rechnungshof und FDP sich nicht.

Jens Stoffers konnte in seiner Antwort der FDP mitteilen, dass "die durch das Job-Center anerkannten Unterkunfts- und Heizungskosten grundsätzlich im Bereich der von der Stadt Wilhelmshaven vorgegebenen angemessenen Beträge lagen." Dieser Satz ist insofern falsch, als er suggeriert, die von der Stadt vorgegebenen Beträge seien angemessen. Es sollte richtig "...die von der Stadt als angemessen vorgegebenen Beträge..." heißen. Denn "die zwischenzeitlich erfolgte Rechtsprechung der Sozialgerichte", von der Jens Stoffers in seiner Antwort berichtet, hat in Wilhelmshaven nicht - wie in anderen Städten - "bereits zu einer grundlegenden Änderung des Verwaltungsvollzugs geführt", sondern wird vom Job-Center

Wilhelmshaven einfach ignoriert. Obwohl das Sozialgericht Oldenburg wie auch das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen seit längerer Zeit Beschlüsse bzw. Urteile fällen, nach denen Mieten bis zur Höhe der Werte der Wohngeldtabelle (rechte Spalte) plus 10 % zu übernehmen sind, bewilligt das Job-Center Wilhelmshaven weiterhin die Kosten der Unterkunft nur in Höhe der von der Stadt Wilhelmshaven als "angemessen" vorgegebenen Höhe und klärt die Antragsteller auch nicht darüber auf, dass die etwas niedrig angesetzte Heizkostenpauschale eben nur eine Pauschale ist und die tatsächlichen Heizkosten nach erfolgter Jahresabrechnung beantragt werden können.

Was der Landesrechnungshof wohl der-einst zu den auf diese Weise als Gerichtskosten verschwendeten Summen sagen wird?



WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven



Gemeinsam stark,
für soziale Gerechtigkeit!

Ehre, wem keine gebührt

Unter der Rubrik "So las man in der WZ ... vor 75 Jahren" griff die WZ am 12.4.2008 folgende Meldung vom 12.4.1933 auf:

1933 (Vor 75 Jahren):

Im öffentlichen Teil der gestrigen Sitzung des Bürgervorsteherkollegiums schlug Wortführer Küster von der NSDAP-Fraktion vor, den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, und den Kanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, zu bitten, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wilhelmshaven anzunehmen. Diesem Antrag stimmte das Haus, auch mit den Stimmen der SPD, begeistert zu.

Soweit die Meldung. "Das Haus" musste sich dann noch gut vier Jahre gedulden. Erst drei Monate nach der Vereinigung der beiden Teilstädte Rüstringen und Wilhelmshaven, am 30.6.1937, wurde Hitler Ehrenbürger der neuen Stadt Wilhelmshaven – und ist es formal bis heute.

Die SPD hatte übrigens bei den letzten freien Wahlen zum Reichstag am 6.11.1932 in Wilhelmshaven noch 25% der Stimmen, in Rüstringen knapp über 50%. Am 11.3.1933 wurde der Oberbürgermeister von Rüstringen, Friedrich Paffrath, zusammen mit weiteren Ratsherren abgesetzt, darunter Fritz Frerichs, der im April 1945 im KZ Neuengamme ermordet wurde. Am 20.3.1933 zertrümmerte die SA zwei weitere SPD-Senatoren aus der Magistratssitzung und warf sie die Rathaustrampe hinunter. Drei Wochen später kam es dann zur "begeisterten Zustimmung" der Sozialdemokraten für Hitlers Ehrenbürgerschaft.

Lange Tradition

Das Ehrenbürgerrecht geht ursprünglich auf die Französische Revolution und ihren Titel "bourgeois honoraire" zurück. Die ersten deutschen Städte, die einen ähnlichen Ehrentitel verliehen haben, waren 1790 Saarbrücken sowie 1795 Frankfurt am Main und Bremen. Seit Anfang letzten Jahrhunderts gab es Ehrenbürgerschaften auch in Wilhelmshaven (z. B. Bismarck, 1906) und Rüstringen, dort zählten zu den Erwählten hohe Militärs wie die Admirale von Baudissin (1913), Scheer und von Hipper (1916). Nach dem 2. Weltkrieg wurde diese Sitte fortgesetzt, z. B. mit dem Fabrikanten Franz Kuhlmann (1957) und den Oberbürgermeistern Johann Janssen (1972) und Arthur Grunewald (1977). Ob Letztere sich in trauter Runde mit dem größten Verbrecher aller Zeiten wohl fühlten?

Etwa 4000 deutsche Städte und Gemeinden haben in der NS-Zeit Hitler zum Ehrenbürger ernannt. Somit ist dieser braune Fleck in unserer Stadtgeschichte ebenso wenig

ein Einzelfall wie die Forderung kritischer BürgerInnen, den Ehrenbürgerstatus für Hitler aufzuheben. Formaljuristen halten dagegen, dass die Ehrenbürgerschaft mit dem Tod sowieso endet, bzw. dass der Verstorbene die mit der Ehrenbürgerschaft verbundenen Sonderrechte nicht mehr wahrnehmen könne.

Klares Bekenntnis

Natürlich sollen entsprechende Urkunden nicht klammheimlich aus dem Stadtarchiv verschwinden. Ganz im Gegenteil, sie sollten der Nachwelt für alle Zeit erhalten bleiben als Mahnmal, doch diese Funktion können sie nur erfüllen in Verbindung mit einem klaren Bekenntnis, aus dieser dunklen Geschichte gelernt zu haben.

In diesem Sinne haben die meisten der 4000 betreffenden Kommunen Hitler nach seinem Tod die Ehrenbürgerschaft explizit wieder entzogen, Berlin z. B. schon 1948. Düsseldorf hat bereits 1946 Nazigrößen wie Göring die Ehrenbürgerschaft aberkannt – Hitler aber erst aufgrund eines Bürgerbegehrens im Jahr 2004. Bad Doberan reagierte erst im April 2007, als die Welt im Rahmen des G8-Gipfels auf den verschnarchten Ort an der Ostseeküste schaute. "Hitler's honour lives on in G8 summit town", hieß es im "Guardian" (die Ehre Hitlers lebt in der Stadt des G-8-Gipfels weiter). Doberan war die erste Stadt, die Hitler die Ehrenbürgerschaft verlieh, und zwar über einen Dringlichkeitsantrag der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung bereits im August 1932, also weit vor der offiziellen Machtübernahme. Jetzt beileibe man sich, den Makel loszuwerden. Schlimm genug, dass erst eine schlechte Weltpresse den Anlass gab – statt nur nach außen die reine Weste zu wahren, sollte die kritische Selbstreflexion im Mittelpunkt stehen.

In anderen Städten, nicht nur in Wilhelmshaven, bleibt alles beim Alten. In Völklingen zum Beispiel ist nicht nur Hitler immer noch Ehrenbürger, sondern auch sein Freund und Förderer, der Fabrikant Hermann Röchling, der nach dem Krieg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Verschleppung von Zwangsarbeitern) als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Und für Kriegsverbrecher hatte der Alliierte Kontrollrat per Direktive vom Oktober 1946 den Verlust des Ehrenbürgerrechts festgelegt. Doch die Ewiggestrigen Völklinger verteidigen ihre Idole bis heute, bis aufs Blut.

Egal ob die Welt auf Wilhelmshaven schaut oder nicht: Um ein Zeichen zu setzen, wäre das Jahr 2008 – 75 Jahre nach der Machtergreifung der Nazis – ein geeigneter Anlass, es anderen Städten nachzutun. Grundlage ist §30 der Niedersächsischen Gemeindeordnung: "Die Gemeinde kann das Ehrenbürgerrecht wegen unwürdigen Verhaltens wieder entziehen." Mit Bürgerbegehren ist es in Wilhelmshaven bekanntlich nicht so einfach, aber ein Antrag im Stadtrat würde schon genügen. Es steht wohl kaum zu erwarten, dass unser Stadtoberhaupt reagiert wie jüngst ein Kollege in der bayerischen Gemeinde Nittendorf-Etterzhausen: Bürgermeister Max Knott (CSU) rechtfertigte sich damit, Hitler keinen Brief mehr schreiben zu können, mit dem er dem Diktator die Ehrenbürgerwürde aberkenne.

Imke Zwoch

Schuldenfreiheit

strebt die neue alte Landesregierung an und "spart" dafür an allen Ecken und Enden. Schulden hat das Land seit Jahren bei Lehrerinnen und Lehrern. 1998 hat die damalige (SPD-)Landesregierung Arbeitszeitkonten für die Lehrkräfte eingeführt, um steigende Schülerzahlen ohne ausreichende Lehrstellen auffangen zu können. Von 2003 bis 2008 war Bernd Busemann (CDU) Kultusminister und hat ausscheidende Lehrkräfte jeweils durch Neueinstellungen ersetzt. Dafür hat er sich selbst regelmäßig gefeiert. An der Unterversorgung der Schulen mit Unterrichtsstunden hat das während der ganzen Zeit wenig geändert.

Jetzt ist die "Rückzahlung" der "geliehenen" Stunden fällig, und die Landesregierung hat sie verschoben. Würden die angesammelten Stunden den LehrerInnen ab dem kommenden Schuljahr zurückgegeben und gleichzeitig die seit 10 Jahren dauernd geleistete Mehrarbeit ab dann nicht mehr geleistet, würden 1500 Lehrstellen fehlen. Deshalb soll man die Stunden erst im letzten halben Jahr vor der Pensionierung "abbummeln" können. Die SPD nennt das "skandalös". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will mit einer Unterschriftensammlung gegen die Verordnung protestieren. Die GRÜNEN im Landtag sprechen von Wahlbetrug, "weil die CDU noch unmittelbar vor der Landtagswahl den Lehrkräften versprochen habe, die mit dem Arbeitszeitkonto verbundenen Verpflichtungen einzuhalten", und fordert für die Lehrkräfte "eine angemessene Verzinsung" ihres Stundenguthabens. Die LINKE Landtagsfraktion sieht in dem Vorhaben eine Verletzung der Fürsorgepflicht und hält es daher für verfassungswidrig. Sie rät den Lehrkräften deswegen, dagegen zu klagen.

SPD und LINKE fordern die neue Kultusministerin Heister-Neumann zum Rücktritt auf. "Unterdessen kritisiert die Bundesagentur für Arbeit nach Medienberichten, dass Niedersachsen und vier andere Bundesländer mehr als 5.000 Lehrer im Sommer in die Arbeitslosigkeit schicken, um ihren Etat zu entlasten", meldet die WZ am 19.04.08. (noa)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE

Arglos, sprachlos, rechtlos

“Landnahme”: Theater um Demokratie in Höchstform

(iz) In der letzten Ausgabe luden wir mit einer Vorbesprechung ein zum Besuch eines ganz besonderen Theaterstücks. Inzwischen ist “Landnahme” schon nicht mehr auf dem Spielplan, aber zu gewichtig, als dass die Nachbesprechung entfallen könnte.

Nochmals kurz zum Inhalt: Ein einfaches, aber glückliches Bauernpaar wird unversehens damit konfrontiert, dass fremde Soldaten Haus und Hof in Beschlag nehmen. Ihr Anführer (noch beinahe zu nett: Oliver Schönfeld) gibt sich als diplomatischer Zivillist, der im Auftrag einer anonymen Regierung handelt. Mit subtiler Rhetorik erstickt er jeden Widerspruch im Keim. Während ihr ländliches Paradies, angeblich zu ihrem Besten, in eine “blühende” Industrielandschaft verwandelt wird, erkennen die unterjochten Bauern, dass friedlicher Widerstand sie nicht befreien kann. In einer Spirale aus Gewalt und Gegengewalt treiben sich beide Parteien mit ungleichen Kräften dem Untergang zu ...

Die Inszenierung (Regie: Christof Meckel, Dramaturgie: Hauke Bartel) orientierte sich auch formal eng an der Vorlage, nahm sich aber dennoch Raum für eigene Symbolik. So besteht das Haus nur aus einem Grundriss, Wände allein angedeutet durch liegende Balken, die später von den Soldaten demontiert und zu einem Gefängnis für die ehemaligen Hausbesitzer zusammengeschoben werden. Türen fehlen ganz, haben sie doch keine Bedeutung. Spielerisch erwiesen sich allerdings gerade die fehlenden Strukturen als Barriere: Das ständige Öffnen nichtexistenter Türen, das Umgehen luftiger Wände überforderte die Konzentration der Darsteller – eine Pantomime ohne 100%ige Perfektion kann nur linsch wirken.

Das Einstreuen gesprochener Regieanweisungen zur Zeit- und Ortsbestimmung war nicht störend, aber überflüssig, weil der eindrucksvoll kompakte Stoff in sich einen klaren Ablauf birgt. Schön eingesetzt hingegen die Musik: Eingangs fast esoterische Klänge, dann zunehmend überlagert von einem kalten Rhythmus, der schließlich schmerzhaft allein im Raum steht.

Was bleibt zurück? Zunächst der verstörende Eindruck einer gerade halb ausverkauften Premiere; bei einem zweiten Besuch war nur noch ein Drittel der Plätze besetzt. Die Ursachen sind naheliegend: “Ein gänzlich unbekannter Autor, ein Titel, der auf einen abstrakten, ‘politischen’ Abend hinweist, ein Inhalt, der zwar Spannung, aber gleichzeitig Reflexionsbedarf und ‘Ungemütlichkeit’ ver-

mittelt,” Hauke Bartels Analyse deckt sich mit unserer Einschätzung. Die Kritik in der WZ war auch nicht sonderlich ermutigend, die im Wochenblatt hingegen zwar wohlwollend, aber “Harry Newmans Schauspiel hinterlässt in Wilhelmshaven ein bedrücktes Publikum” lässt – richtigerweise – Freunde des Amusements zu Hause bleiben.

Wichtig sind aber doch die, die da waren, mit denen wir nach der Aufführung diskutierten. Höchst eindrucksvoll, welche Assoziationen das Stück weckte. Denn bewusst meint und erzählt Autor Harry Newman nicht eine konkrete Besatzungssituation, sondern entwirft ein Modell, das sich mit seinen multikulturellen Protagonisten räumlich und zeitlich – leider auch aktuell und zukünftig – beliebig übertragen lässt. Der Anführer heißt David – vielleicht [Da:wied] aus Israel, der im Palästinaergebiet einmarschiert, vielleicht aber auch [Deiwied] aus den USA, der die Iraker befreit, um sich ihr Öl zu sichern. Möglicherweise heißt er auch Adolf und befreit halb Europa von den Juden. Für andere Zuschauer heißt er Hans-Dietrich und befreit die DDR, damit Lidl auch dort mittels Dumpinglöhnen expandieren kann. Ein Ehepaar verteilte vor dem Theater Flugblätter – ihre Assoziation: Die Enteignung von Eigentum durch Banken während der Nazizeit – auf Grund eines Gesetzes, das bis heute Gültigkeit besitzt und noch Anwendung findet, indem es Banken zur direkten Vollstreckung ohne vorherigen Rechtsakt ermächtigt.

David verkörpert für mich Monsanto, die mit gentechnisch veränderten Organismen derzeit die ganze Welt erobern, der größte nichtmilitärische Feldzug aller Zeiten – ganz “legal” durch politische Beziehungen. Der Bauer (im Stück Clarence) heißt hier José, dessen naturnah angebaute Maiskulturen in Mexiko gezielt durch Genmais für immer verdorben werden werden. Oder Rajid aus Indien, der durch einen Knebelvertrag nur noch Monsanto-Baumwollsaat kaufen darf – und sich umbringt nach einem totalen Ernteausfall durch einen Schädling, der seinen eigenen Pflanzen nichts anhaben konnte. Hunderte Rajids begehen mittlerweile Selbstmord aus dem gleichen Grund.

Nicht zuletzt denken Zuschauer aus Wil-

LANDESBÜHNE
NIEDERSACHSEN NORD GMBH

Andorra von Max Frisch

“Hier sind seine Schuh. Rührt sie nicht an! Wenn er wiederkommt, das hier sind seine Schuh.”

Er kommt nicht wieder. Andri, dessen Schicksal Max Frisch erzählt, kann gar nicht zurückkehren. Ihn, den Außenseiter in Andorra, “den Jud”, hat man zwar anfänglich geduldet, dann aber beargwöhnt, schließlich ausgegrenzt und zum Abschluss freigegeben. Nach Andris Tod bleibt Barblin, seine Geliebte, traumatisiert zurück: “Ich weißle, ich weißle, auf dass wir ein schneeweißes Andorra haben, ihr Mörder, ich weißle, ich weißle euch alle”.

Die Einwohner Andorras, die den Hass geschürt oder zumindest das Unheil nicht verhindert haben, waschen ihre Hände in Unschuld. Angeblich ist keiner dabei gewesen und keiner hat etwas gewusst. Und natürlich hat auch niemand gewollt, dass es so gekommen ist. Widerstandslos fügen sie sich in die verhängnisvolle Abfolge von Vorurteil, Vernichtung und Verdrängung. ANDORRA ist für Max Frisch “ein Modell dieses fatalen Mechanismus.”

Premiere am 26.4. um 20 Uhr im Stadttheater Wilhelmshaven. Weitere Aufführungen So., 04.05.2008 / 15.30 Uhr / Mi., 07.05.2008 / 20.00 Uhr / Mi., 14.05.2008 / 20.00 Uhr / Mi., 28.05.2008 / 20.00 Uhr.

helmshaven und Umgebung bei LANDNAHME an ganz aktuelle lokale Ereignisse – auch Kollege Ernst Richter vom Jeverischen Wochenblatt: “LANDNAHME könnte auch in unmittelbarer Nachbarschaft erfolgen ... Das Publikum fühlt und fürchtet mit den beiden, ließe sich doch die Parabel der Landnahme auch auf heimische Regionen mit Industrie- und Hafenanbau übertragen.”

“Selbst sehen. Selbst denken. Selbst mitreden.” ist eine Werbebotschaft der Landesbühne. Mehr muss nicht dazu gesagt werden, wie wichtig und richtig die “Landnahme” im Spielplan war. “Es wäre eine falsche Schlussfolgerung, Theater müsse sich entscheiden zwischen Kunst und Kommerz, zwischen Bildungsauftrag und Unterhaltung, zwischen verstören und berieseln”, sagt Hauke Bartel. “Es ist also eine absolut bewusste Entscheidung, sich diesen “Luxus” zu gönnen – und das ganz sicher auch weiterhin! –, Stücke auf den Spielplan zu setzen, bei denen man völlig unabhängig von der objektiven Qualität des Abends nicht mit einem vollen Haus rechnen kann”. Der Mix macht's: Letztlich haben wir es Kassenschlagern wie “Manche mögen's heiß” zu verdanken, dass die Landesbühne sich diesen Luxus weiterhin leisten kann und wird. Das ist sehr ermutigend, und in diesem Sinne freuen wir uns auf “Andorra” als krönenden Abschluss des Zyklus “Theater um Demokratie”. □

Jonathan



Naturkost

Gewürz-Traum-Reisen

mit den Bio-Feinschmecker-Gewürzmischungen von Herbaria:

Wilde Hilde * Gärten von Siam * Neptuns Traum * Duft der Macchia * Kürbiskönig
Himmel auf Erden * Große Karawane * Ruf der Oase * Buddhas Bauch

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Umbenennung angebracht

Hinter den Kulissen: Langsam tut sich etwas in Sachen Agnes-Miegel-Schule

(noa) "Bisher hat die Auseinandersetzung mit Agnes Miegel noch zu keiner größeren öffentlichen Debatte über Beibehaltung oder Aberkennung des Namens der Realschule im Stadtnorden geführt." So stand es im Inserat der LAW (linke alternative wilhelmshaven) im letzten Gegenwind.

Stimmt, außer einem WZ-Interview mit dem Leiter der Agnes-Miegel-Schule ("Keine Partei hat sich des Themas angenommen", WZ vom 28.12.07) und einer Sendung des Nordwestradios (sh. GW 233) ist wenig passiert, nachdem LAW-Ratsherr Johann Janssen in der Ratssitzung am 28.11.07 die Verwaltung – vergeblich und ohne Resonanz von anderen Ratsmitgliedern – aufgefordert hatte, zu überprüfen, ob Agnes Miegel angesichts ihrer Unterstützung des Nazi-Regimes geeignet ist, Namensgeberin einer Schule zu sein.

Horst Simmersbach aus Wilhelmshavens Stadtnorden hat dazu in einem Brief an den Gegenwind eine Deutung gewagt. *"Es freut mich natürlich, dass Johann Janssen seine politischen Gegner nicht nur ökologisch, sondern auch kulturell fordert. Diese werden dabei eine gewisse Verständnislosigkeit zeigen, deren Ursache weniger in einer braunen Gesinnung als in einer Überforderung zu suchen sein wird."*

Als ehemaliger Agnes-Miegel-Schüler hat Simmersbach nun darüber nachgedacht, ob eine Umbenennung der Schule angezeigt ist. Er schreibt. *"Als wir damals den Übergang auf eine Mittelschule anstrebten, standen die Agnes-Miegel-Schule und die Freiherr-vom-Stein-Schule zur Verfügung. Die Herrschaften, nach denen diese Schulen benannt waren, waren uns nicht bekannt."*

Die Kinder, die im Stadtnorden wohnten, wurden praktischerweise generell in die FGrodener Schule eingeschult. Dass diese Schule den Namen einer weitgehend unbekanntesten ostdeutschen Dichterin trug, konnte in einem Stadtteil, in dem alle Straßen nach Orten, Personen und Flüssen aus den deutschen Ostgebieten benannt waren, niemanden ernstlich irritieren. Nach welchem östlichen Albrecht die gleichnamige Straße benannt wurde, dürfte auch bis heute nur Zeitgenossen mit Spezialwissen zugänglich sein."

Horst Simmersbach vermutet im weiteren Verlauf seines Briefes, dass die damaligen Stadtväter die Realschule gewiss nicht nach Agnes Miegel benannt hätten, wenn ihnen klar gewesen wäre, dass diese Dichterin den Nationalsozialisten sehr nahe stand. Zum Zeitpunkt der Namensgebung war *"übrigens ein Namensvetter des heutigen LAW-Ratsherrn"* Oberbürgermeister, und dieser *"war ein bemerkenswerter Mensch mit unerschütterlichen Überzeugungen. Er war Sozialdemokrat aus innerer Einstellung, die er auch vorgelebt hat. Seine Eigenschaften heben ihn bis jetzt deutlich ab von dem heute verfügbaren Personal, das sich aus verschiedensten Gründen sozialdemokratisch nennt."*

Ich halte es daher für durchaus möglich, dass die Namensgebung der Schule ohne tiefere Absicht aus den gleichen Gründen erfolgte, aus denen die heute Verantwortlichen sich nicht gern mit einer Um-

benennung befassen möchten. Es fehlte das kulturelle Hintergrundwissen über die Einzelheiten der Arbeit und des Lebens der Schriftstellerin."

Nun, diesem Unwissen könnte man ja abhelfen. LAW-Ratsherr Janssen hat sein Wissen über Agnes Miegel u.a. durch Recherchen im Internet erworben, und er hält das, was er herausgefunden hat, nicht geheim.

Vielleicht ist die Tatsache, dass die jetzigen Schülerinnen und Schüler der AMS sich zu der von Janssen angezettelten Auseinandersetzung bislang nicht öffentlich äußern, aus der Situation von SchülerInnen heraus verständlich. Auch dazu äußert sich Horst Simmersbach in seinem Brief. Er musste damals Gedichte von Agnes Miegel – wie von anderen Dichtern – lernen, und darunter war keines *"so furchtbar wie das abgedruckte 'An Deutschlands Jugend'."*

Und weiter: *"Die Frage, ob Agnes Miegel auch heute noch zum Vorbild taugt, hat mich befremdet. Eine solche Vorbildfunktion hat sie nie für uns gehabt, und die Schulleitung hat auch nie angestrebt, ein solches Bild aufzubauen. (...)"*

Agnes Miegel war für uns Schüler eine Schriftstellerin von mehreren, mit denen wir uns befassen mussten. Dass unsere Schule nach ihr benannt war, war mäßig interessant, führte aber keineswegs zu einer besonderen Hinwendung an ihre Arbeit oder ihr Leben, die natürlich im Unterricht auftauchten. Ein Bezug zu Themen des Nationalsozialismus wurde im Zusammenhang mit der Schriftstellerin nicht hergestellt und war für uns nicht erkennbar."

Sicher war die Frage, wer oder was Agnes Miegel war, bis zu Johann Janssens diesbezüglicher Anfrage im Rat für die heutigen Agnes-Miegel-SchülerInnen ebenso nebensächlich wie in den sechziger Jahren für Horst Simmersbach. Einem Artikel im "Rohrstock", der Zeitung des Kreisverbandes Wilhelmshaven der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, ist zu entnehmen, dass sich das nach Janssens Vorstoß im Rat geändert hat. Unter der Überschrift "Gütesiegel Agnes Miegel?" heißt es da: *"Der sensible Umgang mit unserer Vergangenheit ist dabei ein wichtiger und konstituierender Bestandteil unserer demokratischen Identität, unseres politischen Bewusstseins. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist sicherlich zurzeit keine dringende Tagesaufgabe, sie hat sich aber auch nicht damit erledigt, dass die nationalsozialistischen Symbole grundgesetzlich verboten und in der Öffentlichkeit verbannt und ausgemerzt sind. Der qualitative Sprung zur nationalen Identität wird*

dadurch deutlich, dass wir Bürger einbezogen sind in die Gestaltung der Demokratie und den Wandel der Gesellschaft vorantreiben. In diesem Punkt nun ist das Engagement der Politiker, der Lehrer und Erzieher gefragt, um der fatalistischen Politikverdrossenheit bei einem Teil der jungen Menschen entgegenzuwirken."

Johann Janssens Initiative vom letzten Spätherbst nennt der Artikel *"bemerkenswert und konsequent"*. Und: *"Begrüßenswert ist, dass Lehrer, Eltern und Schüler dieser Schule aktiv werden, Informationen über Agnes Miegel und deren stützende Aktivitäten für den Nationalsozialismus recherchieren, sich mit der unheilvollen 'Blut-und-Boden-Euphorie' der Dichterin auseinandersetzen. Die Erkenntnis wächst, dass allein ihre Heimatlyrik, ihre völkische Zuwendung zur Jugend sich problemlos in die NS-Ideologie einordnen lässt und als Stütze des NS-Regimes begriffen werden muss."*

Es müssen also gar nicht "so furchtbare" Gedichte sein, um zu zeigen, wes Geistes Kind Agnes Miegel war.

Eine Umbenennung der Schule, so weiter im Rohrstock-Artikel, wäre gut und würde zu einer neuen Qualität von Identifikation mit der Schule führen. Auch Horst Simmersbach hält eine Umbenennung der Schule *"unaufgeregt für angebracht"* und macht gleich einen Vorschlag für einen neuen Namen. *"Eine hübsche Idee wäre es vielleicht, die ehemalige Schule Warthestraße, in der viele Kinder der Nachkriegszeit ihre Schulbildung (...) erhielten, wiederaufleben zu lassen. Aus dieser Barockschule sind kluge und erfolgreiche Erwachsene hervorgegangen, die sicherlich erfreut über diese Ehrung wären. Das Gebäude befand sich nur wenige hundert Meter weiter in derselben Straße. Sogar der Bezug zu den ostdeutschen Gebieten bliebe gewahrt. Flüsse sind unpolitisch, beweglich und durchfließen auch harträchtige Grenzen."* □

Wie es im "Rohrstock" heißt: Agnes Miegels "Heimatlyrik", ihre "völkische Zuwendung zur Jugend" reicht, um zu zeigen, dass sie begeisterte Nationalsozialistin war. Hier ist noch ein Gedicht zum Beleg:

*An die Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink
Laß mit den andern Schwestern heute mich kommen,
Dir zu danken für diese Jahre des Wirkens,
Dir zu danken, daß Du so weise uns alle
Eingebaut in das Werk, das alle vereinte!
Haus, das der Führer für uns wie ein Vater erbaut hat,
Das für uns Frauen dann Du, die Frau, so wohnlich gestaltet
Allen zum Heil und jeder einzeln zum Segen!
Nicht als Jugend mit Jugend – mit Jungen und Alten
Hast Du's gefügt und hast das Schwerste gemeistert.
Die noch nie so Vereinten einmal zu einen,
Daß sie freudig dem großen Gedanken dienen,
Wie Du es vorlebst. Und leicht ist das Lernen,
Wenn Verehrung uns lehrt. Und tief ist die Freude,
Dann zu wissen, wie Du das eigene stille
Walten der Mütter ehrst und ihnen die erste
Würde wiedergegeben, die einst sie besaßen. –
Aber dies danke ich Dir und mit mir die Meinen,
Die Kunstfertigen, die Dichtung und Teppiche weben,
Und die sinnenden, weisen und heilenden Schwestern!
Daß Du Mutter, es fühltest, auch wir sind Mütter,
Glühend danach, für das Leben des Volkes zu leben,
Und zu verströmen dafür und freudig zu dienen,
In dem Werk, das Du für uns alle gefügt hast.*

Agnes Miegel 1939

1. MAI 2008

DGB

1. Maiveranstaltung am Pumpwerk in Wilhelmshaven

Beginn 11.00 Uhr

Eröffnung: **Dorothee Jürgensen**
DGB-Kreisvorsitzende

Mairedede: **Wolfgang Jägers**
Regionalleiter der IG BAU Weser-Ems

Rede: **Nikolai Dumke**
Vertrauenskörper RNK

anschließend das Mai-Familienfest

mit der Band
„The International Vagabond Orchestra“
der Flamencogruppe
„Compañía flamenca del mar“
dem
Internationalen Volkschor Wilhelmshaven
und weiteren Redebeiträgen von
der Montagsdemonstration und dem Tauschring



...sowie vielen
Informationen und Aktionen
von Gewerkschaften,
Initiativen und Verbänden aus
Wilhelmshaven.

Für das leibliche Wohl sorgt
u.a. das Team vom Orange.